

UNABHÄNGIGE Informationen



08/2022

Unbequeme Personalräte?

Es ist eine Zäsur, wenn sich ein Personalrat nicht schützend vor seine eigenen Mitglieder stellt.

Mitglieder aller Personalräte unterliegen dem Schutzbereich des § 44 PersVG Berlin¹, der so weitreichend ist, dass selbst der Wechsel des Aufgabengebietes innerhalb einer Dienststelle gegen den Willen des Betroffenen unter dem Vorbehalt der Zustimmung des jeweiligen Gremiums steht. Damit sollen Personalratsmitglieder vor den Repressalien durch den Arbeitgeber geschützt werden.

Nur schlecht, wenn der Personalrat mehrheitlich mit konkurrierenden Listen besetzt ist. So kam es wohl zu einem Novum in der Geschichte der Polizeipersonalräte. In fünf Fällen wurden Personalräte und Wahlbewerber der UNABHÄNGIGEN u.a. mit dem Argument, dass der "Betriebsfrieden" gestört sei, gegen ihren Willen umgesetzt. Nur in zwei Fällen wurden Vorlagen an die jeweils zuständigen Personalratsgremien gefertigt und um deren Zustimmung gebeten.

Die mehrheitlich von „DPolGdP“-geführten Personalräte sahen keinen Grund, die von den jeweiligen Dienststellen vorgebrachten Behauptungen zu hinterfragen. Fragen unserer Listenmitglieder blieben unbeantwortet.

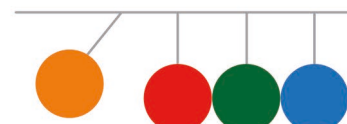
Die Zustimmung des Gremiums im Sinne der Dienststellenleitung war jeweils gewiss, ging es doch ausschließlich darum, unliebsame Konkurrenten aus dem Weg zu räumen. Vier von fünf Fällen betreffen die Direktion 2, wo der Berufsverband bereits aufgrund der Behinderung von Wahlbewerbern die Personalratswahlen angefochten hat.

Auf solche "PersonalvertreterInnen" in den Gremien können wir gerne verzichten!

¹ [§ 44 PersVG Berlin](#)

Inhalt

- Unbequeme Personalräte?
- Initiativantrag Drogentests
- Taser retten leben
- Streit um Informationsrechte
- Rund um die Besoldung
- Mitgliederwerbung





↳ **Initiativantrag – Drogenschnelltest**

Bereits am 12.07.2022 hat unsere Liste einen Initiativantrag zur "Beschaffung von Speichelschnelltests für Drogen" im GPR eingereicht. Dieser Initiative ist der GPR nun gefolgt und hat einen entsprechenden Antrag in Richtung Behördenleitung weitergeleitet. Die Drogentests zur Analyse des Speichels sollen die bisher genutzten Urintests ablösen.

Die Entnahme von Speichel zum Nachweis von Drogen stellt im Gegensatz zur Entnahme einer Urinprobe unserer Meinung nach einen geringeren Eingriff in die Persönlichkeitsrechte der Betroffenen dar. Zudem ist der Speicheltest schneller, hygienischer und manipulationssicherer.

Die mit der Verwendung eines Speichelschnelltestes einhergehende Zeitersparnis in Hinblick auf die in der Regel notwendigen Einsatzkräftestunden rechtfertigt unserer Meinung nach durchaus die Anschaffung der etwas teureren Speicheltests.

↳ **Taser retten Leben!**

Mit einem [Offenen Brief](#) wandte sich der Personalrat der Direktion 5 an die politischen Verantwortlichen der Stadt und warb darum, den Taser als Einsatzmittel zu erhalten. Nachweislich wurden durch den Taser Suizide verhindert und damit Menschenleben gerettet. Hinzu kommt, dass durch den Einsatz des Tasers auch eine mögliche Traumatisierung, wie sie im Nachgang von Schusswaffengebräuchen häufig vorkommt, vermieden werden kann.

Die Liste der UNABHÄNGIGEN/ WIR.AKTIV im GPR hat daher angeregt, dass das Gremium sein Initiativrecht wahrnehmen und sich für die flächendeckende Einführung des Tasers bei der Polizei Berlin einsetzen soll.

UNABHÄNGIGE Informationen



08/2022

Streit um Informationsrechte im GPR

Die E-Mail-Adresse des Gesamtpersonalrates ist hinlänglich bekannt (gpr@polizei.berlin.de). Als Beschäftigter der Polizei Berlin sollte man eigentlich davon ausgehen, dass, wenn dieses Postfach angeschrieben wird, auch das gesamte Gremium über die E-Mails in Kenntnis gesetzt wird. Dies geschah und geschieht jedoch nicht.

Mit dieser Problematik hat sich nunmehr das Verwaltungsgericht Berlin beschäftigt. Die Antragsteller unserer Liste im GPR beehrten Einsicht in dieses Postfach und bekamen vor Gericht in Teilen recht.

So sah das Verwaltungsgericht ein abgestuftes Informationsrecht der Mitglieder im Gremium. Das Informationsrecht der Vorstandsmitglieder ist demnach als gleichrangig zu betrachten, unabhängig davon, ob diese freigestellt sind oder nicht. Die ordentlichen Mitglieder ohne Vorstandsmandat sind weiterhin auf die Informationen des Vorstandes in der Sitzung angewiesen, welche jedoch unvollständig sind.

Benachteiligt sind demnach Listen im GPR (z.B. die Liste des BDK), welche im Gremium kein Vorstandsmandat innehaben.

Die Entscheidung kann [hier](#) in anonymisierter Form nachgelesen werden. Die gerichtliche Betrachtung der Informationsrechte dürfte schon jetzt für die Arbeit aller Personalräte in der Polizei Berlin richtungsweisend sein.

Das erstinstanzliche Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Eine Grundsatzentscheidung durch das OVG Berlin wird angestrebt, damit diese Problematik für alle Berliner Personalräte rechtsicher geklärt ist.

UNABHÄNGIGE Informationen



08/2022

└ Rund um die Besoldung

Um die Personalstelle zum Ende des Jahres zu entlasten, wird unsererseits bereits jetzt schon angeraten, den jährlichen Widerspruch gegen die Unteralimentation einzureichen. Die notwendigen Widerspruchsschreiben können von unserer Webseite berliner-besoldung.de heruntergeladen werden.

Trotz eines Haushaltsüberschusses von 2 Mrd. Euro² wird durch die Politik anscheinend die Besoldungsproblematik bis zur Entscheidung des BVerfG ausgesessen. Zu groß ist anscheinend die Versuchung, das Geld für eine Anschlussversion des 9-Euro-Tickets³ und andere Prestigeprojekte zu verwenden, anstatt der gesetzlichen Pflichtaufgabe – einer verfassungsgemäßen Besoldung – nachzukommen.

So wird auch schon durch den Finanzsenator in Bezug auf die Personalkosten angekündigt: „Nach einer Aufholjagd werden wir die Kurve jetzt begradigen müssen“.⁴ Angesichts der Inflation und der anstehenden Rechtsprechung wird das mit dem Begradigen wohl eher schwierig bis unmöglich ohne weiterhin Recht zu brechen.

Die Hoffnung in die großen und durchsetzungsstarken Gewerkschaften der „Besoldungsallianz“ ist groß. Gespräche dazu wurden bereits im August geführt.⁵ Ergebnisse dazu sind leider noch nicht bekannt gegeben worden.

Wie anders mit der Thematik umgegangen werden kann, zeigt das Land Hessen. Dort hat die Landesregierung auf eine Entscheidung des Hessischen Verwaltungsgerichtshofes⁶ mit einer deutlichen Besoldungsanpassung reagiert.

² <https://www.bz-berlin.de/berlin/warnung-vom-finanzsenator-berlin-muss-reserven-bilden>

³ <https://taz.de/Debatte-um-9-Euro-Ticket-in-Berlin/15878704/>

⁴ <https://www.bz-berlin.de/berlin/warnung-vom-finanzsenator-berlin-muss-reserven-bilden>

⁵ <https://www.dbb.berlin/aktuelles/news/dbb-berlin-verfassungsgemaesse-bezahlung-der-beamtinnen-und-beamten-in-der-a-besoldung-jetzt/>

⁶ [Hessenschau vom 05.08.2022](https://www.hessenschau.de/05.08.2022)

UNABHÄNGIGE Informationen



08/2022

└ Eine Mitgliedschaft, die sich lohnt!

Unser Berufsverband konnte mittlerweile das Angebot durch attraktive Versicherungen ergänzen. Für die Diensthaftpflichtversicherung konnten wir eine Gruppenversicherung abschließen. Die Rechtsschutzversicherung bestehend aus Berufs-, Privat- und Verkehrsrechtsschutz inklusive Spezialstrafrechtsschutz **gilt für die gesamte Familie!**

Partner ist ein externer Versicherer, der im Gegensatz zu anderen Berufsvertretungen Rechtsschutz ohne Wenn und Aber gewährleistet.

So können wir z.B. das Paket Rechtsschutz/ Strafrechtsschutz zu einem Preis von 29,90 Euro pro Monat anbieten.

Die Versicherungen werden optional zur [Mitgliedschaft](#) angeboten. Es lohnt sich, bereits bestehenden Versicherungen zu vergleichen.

Am 18.09.22 beteiligt sich unser Berufsverband am Tag der offenen Tür in Ruhleben. Nähere Infos über uns und unsere Angebote könnt ihr dort am Stand erhalten.